

meisten von ihnen in der Lage sind, landessprachliche Quellen berücksichtigen zu können, ist besonders zu loben. Damit unterscheidet sich der Band von den meisten komparativen Studien zu diesem Thema, die sich hauptsächlich auf englische Quellen stützen.

Das Vorhaben, nach einem einheitlichen Schema die sechs politischen Systeme untersuchen zu wollen, wie es *Thomas Heberer* in seiner Arbeit über China exemplarisch getan hat, wurde leider nicht in allen Beiträgen umgesetzt. Damit wären interessante Vergleiche ermöglicht worden. So beschränkt sich die vergleichende Analyse im Schlusskapitel auf recht vage Hinweise auf Gemeinsamkeiten der untersuchten Ländern.

Ohne Zweifel erhalten Studienanfänger und Nichtkenner dieser Region einen guten Einblick in die politischen Systeme. Abgesehen von ein paar Flüchtigkeitsfehlern (zum Beispiel wird dem südkoreanischen Präsidenten *Rob Moo-Hyun* der Familienname Moo beigelegt, S. 301) sind die Studien informativ und leserfreundlich geschrieben. Dieser Band sollte nicht zuletzt deshalb zur Pflichtlektüre für alle Studenten werden, die sich mit Ostasien beschäftigen.

Eun-Jeung Lee

### Verschenkte Gelegenheit, Parlamentarismustheorie und Ideengeschichte analytisch zusammenzuführen

*Turkka, Tapani: The Origins of Parliamentarism. A Study of Sandys' Motion (Studies in Political Theory, hrsg. v. Rainer Schmalz-Bruns und Hubertus Buchstein, Bd. 2), Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, 236 Seiten, € 39,-.*

Der Titel dieses Buchs weckt falsche Erwartungen: Nicht um die Ursprünge des Parlamentarismus geht es (nichts ist zu lesen über die Synhedrien der hellenistischen Bundesrepubliken, nichts über die Konzilien der Kirche, auch nichts über den Ursprung jener ständischen Vertretungskörperschaften, aus denen der moderne Parlamentarismus entstand), sondern behandelt werden allein die Ursprünge des parlamentarischen Regierungssystems in der Ära von *Sir Robert Walpole* (1721 bis 1742). So formuliert es *Tapani Turkka* auf S. 216 denn auch im ersten Satz seiner Zusammenfassung. Die Umstände, in denen damals das parlamentarische Regierungssystem als „government by corruption“ entstand; erste Konzeptionen von parlamentarischer Opposition; auch die Vorstellung, eine Regierung abzulösen, sei nicht erst aufgrund von ihr zugeschriebenen rechtlichen Verfehlungen legitim, sondern einfach aus politischen Gründen: Über das alles wird man recht gut informiert – wenn auch im Kern nicht über das hinausgehend, was man etwa schon von *Kurt Kluxen* und *Gerhard A. Ritter* kennt.

Ausgangs- sowie Endpunkt der Darstellung ist der letzte und systematisch bedeutendste einer ganzen Reihe von Anträgen des Unterhausabgeordneten *Samuel Sandys* (1695 bis 1770), Kernelemente von *Walpoles* Regierungspraxis zu beseitigen. Am 13. Februar 1741 beantragte er, das Unterhaus möge eine Bitte an den König beschließen, den – längst machtmäßig ersten – Minister *Walpole* aufgrund seiner Regierungsweise und wegen begründeter Unzufriedenheit mit deren Ergebnissen zu entlassen. Dieser Antrag wurde zwar abgelehnt; ein knappes Jahr später trat *Walpole* aber von sich aus zurück. Mit *Sandys'* Antrag

von 1741 war das Kernstück des parlamentarischen Regierungssystems in der britischen Verfassungspraxis etabliert: die als normal zu handhabende Möglichkeit des Parlaments, ganz ohne Rekurs auf ein Impeachment-Verfahren, also aus rein politischen Motiven, auf die Ablösung einer Regierung hinzuwirken. Wie sehr dies zu zeigen der Kern von *Turkkas* Buch ist, geht auch daraus hervor, dass dessen Einleitung ihren Ausgangspunkt an einem gut zehn Jahre später, nämlich im November 1751, sich im Schwedischen Reichstag abspielenden Ereignis nimmt: Damals kündigte der Kanzler *Carl Gustaf Tessin* (1695 bis 1770) an, er werde zurücktreten, wenn klar würde, dass eine Regierung nicht mehr die Unterstützung der Ständeversammlung besitze. Allerdings blieb dies in der schwedischen Verfassungsgeschichte ohne jene weichenstellenden Folgen, die in England die Regierungspraxis *Walpoles* und die dagegen gerichtete Opposition sehr wohl hatten.

So geschildert würde der Inhalt dieses Buches seine Veröffentlichung in einer Reihe über Parlamentarismusforschung plausibler machen als sein Erscheinen in einer Reihe zur politischen Theorie. Doch tatsächlich nimmt auch diese – allem voran die Auseinandersetzung mit *John Lockes* „Second Treatise of Government“ – großen Raum im vorliegenden Band ein. Auf das einleitende Kapitel 1 (recht phantasielos nur als „Introduction“ überschrieben), auf Kapitel 2 („Sandys’ motion“) und Kapitel 3, das die von der Glorreichen Revolution herbeigeführten Umbrüche in den – auch zeitgenössisch-denkerischen – Tiefenschichten des englischen Regierungssystems behandelt, folgt nämlich ein langes Kapitel 4 über „Locke’s Doctrine“ (Naturzustand, Gesellschaft, genuin politische – also durch Institutionenbildung erzeugte – Macht), dessen argumentativer Stellenwert in zwei der drei anschließenden Kapiteln deutlich wird: Kapitel 5 behandelt „The Constitution of the Exercise of State Power as Political“, das heißt die geistigen (und darüber hinaus auch die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und institutionellen) Voraussetzungen einer nicht länger monarchischen, sondern echt parlamentarischen Regierungsweise, Kapitel 7 („Political Responsibility“) die faktische „Implementation“ von *Lockes* normativer Theorie in der englischen Regierungspraxis sowie den Stellenwert von *Sandys’* berühmtem Antrag für die Verfestigung dieser „Implementation“. Dazwischen arbeitet das Kapitel 6 („Subjection to Political Power“) die zentralen Züge von *Walpoles* Regierungspraxis und deren Folgen heraus.

Einerseits ist das ein ambitioniertes analytisches Vorhaben, das auch sehr fruchtbar sein kann: Institutionenevolution wird in ihrer Wechselwirkung mit nicht nur dem Alltagsdenken institutioneller Akteure, sondern auch mit dessen die zeitspezifischen Denk- und Redeformen prägenden philosophisch-publizistischen Systematisierungen untersucht. Andererseits kann ein solches Unterfangen auch leicht in seinem Ansatz steckenbleiben, wenn nämlich kein klarer argumentativer Kurs gehalten wird: Geht es um ein korrektes Verständnis einer – gegebenenfalls wider die Rezeptionsgeschichte zu rekonstruierenden – systematischen politischen Theorie, oder geht es wirklich um die empirische Analyse ihrer zeitgenössischen beziehungsweise rezeptionsgeschichtlichen Wechselwirkungen mit konkreter Institutionenevolution? *Turkka* verfolgt hier keinen wirklich klaren Kurs, sondern versucht eine Art ex post-Synthese, die zu einer gewissen Additivität der abgehandelten Institutionengeschichte sowie der erörterten *Locke’schen* Theoreme führt.

Der Blick auf *Turkkas* Publikationsverzeichnis erhellt rasch, warum „Origins of Parliamentarism“ diesen Charakter angenommen hat: Dieses Werk versucht die Befunde seiner Dissertation aus dem Jahr 2000 („Sandys’ Motion. A Study of the Origins of Parliamentarism“) mit denen aus seiner Monographie von 2004 über „Laslett and Beyond: John Locke’s Second Treatise Revisited“ zu verbinden. Dabei versäumt er aber, ein analytisches

Rahmenwerk einzuführen, das die Erträge beider Bücher wirklich zu einem neuen Ganzen umformte. *Fernand Braudels* Konzept der Zeitstrukturen, ebenso einige Anspielungen auf die im Historischen Institutionalismus so wichtige Kategorie der Pfadabhängigkeit kommen zwar in der Einleitung und im weiteren Verlauf immer wieder vor; doch ein stringenter Analyseansatz wurde daraus nicht entwickelt. Also verschenkt dieser Band eine Gelegenheit. Mit großem Gewinn ist er dennoch zu lesen – allerdings auch mit einiger Enttäuschung über gar nicht wenige stehen gebliebene Schreib- und Trennungsfehler sowie mit der Empfindung, dass das Englisch dieses Buchs stellenweise mehr nach Übersetzung denn nach sich selbst klingt.

*Werner J. Patzelt*